

# KREFELDER STADTPOST

RHEINISCHE POST

## ANALYSE VERANSTALTUNGSHALLE

# Ein Plädoyer für das Kesselhaus

Aus gegebenem Anlass ein Plädoyer fürs Kesselhaus als Beitrag zur Meinungsbildung - was unterm Strich doch für die Lösung spricht, auf die seit Jahren hingearbeitet wird.

VON JENS VOSS

Wir haben unsere Leser aufgefordert, sich wie ein Ratsmitglied zu entscheiden: Hand aufs Herz - für oder gegen das Kesselhaus? Es gab beeindruckende Antworten, meist gegen das Kesselhaus. Vielleicht ist es angemessen, wenn auch der Initiator des Aufrufs sich der Hand-auf-Herz-Probe stellt. Hier die Antwort: Ich, wäre ich Ratsherr, würde mich für das Kesselhaus entscheiden. Und zwar aus folgenden Gründen. **Die Pluspunkte:** Da ist zum einen all das, was unumstritten für das Kesselhaus spricht: das außergewöhnliche Ambiente, die Verbindung von Krefelds Industrie-Vergangenheit mit Kunst und Kultur. **Entschärfte Handicaps:** Wichtige Kritikpunkte sind entscheidend entschärft. Stichwort Parken: Auf dem Campusgelände werden mit der von Entwickler Leendertz angelegten neuen Parkpalette 850 Parkplätze zur Verfügung stehen. So ist der Kreis derer, die die 300 bis 400 Me-



Am Dienstag, 20. Juni, entscheidet der Rat, ob das Kesselhaus zur neuen Veranstaltungshalle für Krefeld umgebaut und erweitert wird. GRAFIK: LEENDERTZ

ter zur Parkpalette am Stadtarchiv laufen müssen, deutlich kleiner geworden. Stichwort Klangqualität: Mit der Anhebung des Daches ist die Möglichkeit für Klassikkonzerte ohne Elektroverstärker eröffnet. Stichwort Bankettbestuhlung: Das Seidenweberhaus bietet 832 Plätze. Zuletzt hat die Stadt für das Kesselhaus von 700 Plätzen gesprochen; Investor Leendertz widersprach, ihm zufolge bietet das Kesselhaus 806 Plätze mit Rollstuhlplätzen und 856 Plätzen ohne. Damit zieht das Kesselhaus mit dem Siedenweberhaus gleich. Stichwort ÖPNV:

Die Anbindung ist da und lässt sich optimieren.

**Das Geld:** Wenn der Rat alles auf Anfang setzt, wird es deutlich teurer für die Stadt, allein wegen der auf Jahre verlängerten Anmietung von Büroraum. Das Zahlenwerk der Stadt besagt, dass das Kesselhaus die kostengünstigste Lösung im Vergleich zu der Sanierung des Seidenweberhauses oder einem Neubau auf dem Theaterplatz ist. Rachid Jaghou, Leiter Zentrales Gebäudemanagement, und Planungsdezernent Marcus Beyer haben die Berechnungen ausführlich erläutert. Warum ih-

nen misstrauen? Öffentliches Bauen ist extrem teuer, auch dort, wo saniert wird (beim Seidenweberhaus ist von 180 Millionen Euro die Rede). Es gibt prominente Beispiele, bei denen gerade Sanierungen aus dem Ruder gelaufen sind: die Opern in Köln und Frankfurt.

**Der Zentralitätsfaktor:** Das Argument wiegt schwer: Eine Veranstaltungshalle gehört in die City, weil sie die Innenstadt belebt und weil der historisch gewachsene Kulturort in Krefeld der Theaterplatz ist. Doch haben weder das Seidenweberhaus noch das Theater in den vergange-

nen 20 Jahren zur Belebung der City beigetragen. Die Vorstellung, dass bürgerliches Publikum nach den Vorstellungen in die Stadt strömt, ist eine Schimäre. Das hat es nie gegeben. Es gab eine Phase, da sind die Leute ins Hexagon im Seidenweberhaus gegangen, ja, aber eine Belebung der City war das nicht.

bleibt die historische Perspektive: der Theaterplatz als Kulturort. Ja, die Vorstellung einer Kultur-City ist schön. Allein, diese Stadt hat dieses Ideal vor 20 Jahren verraten, als es den Theaterplatz verkommen ließ. So kann man das historische Argument auch umdrehen: In Krefeld hat die Zeitgeschichte gezeigt, dass die öffentliche Hand bei der Pflege ihres Kulturortes versagt. Das Kesselhaus bietet einen Neuanfang: Der privat gepflegte Campus wird sicher besser behandelt als der Theaterplatz.

**Das neue Rathaus:** Die Vorstellung, dass Hunderte Rathausmitarbeiter vom Theaterplatz aus mittags oder nach Dienstschluss in die City gehen und Handel und Gastronomie beleben, ist vielversprechender als das Ideal vom kulturbesetzten Innenstadtnachtschwärmer. Und für die Befürchtung, dass auf dem Theaterplatz mit einem neuen Rathaus Schuhkartonarchitektur entsteht, gibt es eine simple Lösung: gute Architektur.

**Fazit:** Das Kesselhaus hat eine Chance verdient. Möge nun jeder selber abwägen. Der Rat entscheidet am 20. Juni.

## MELDUNGEN

### Scheunenbrand in Hüls gelöscht

**KREFELD** (jon) Die Feuerwehr Krefeld wurde am Freitag, 16. Juni, gegen 17.56 Uhr zu einem Brand an der Krüserstraße gerufen. Bei Eintreffen der Einsatzkräfte stand bereits eine ca. 20 x 30 Meter große Scheune in Vollbrand. Durch einen umfangreichen Löschangriff unter anderem über zwei Drehleitern das Übergreifen der Flammen auf ein Wohnhaus verhindert. Menschen und Tiere kamen nicht zu Schaden. Vor Ort waren die Kräfte beider Wachen der Berufsfeuerwehr, der Löschzug Hüls, der Löschzug Fischeln und der Rettungsdienst der Stadt mit rund 80 Kräften. Zur Höhe des Sachschadens konnten die Behörden keine Angaben machen. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

### Niklas Pricken schießt den Bezirksvogel ab

**KEMPEN** (hgs) Beim Bezirksschützenfest auf dem Vorplatz der Burg holte Niklas Pricken von der Bürger-Junggesellen Schützenbruderschaft Vorst am Samstag mit dem insgesamt 167. Schuss des großen Schießens den Holzvogel von der Stange. Er ist der erste Bezirkskönig seiner Gruppe. Die amtierenden Könige von 13 Bruderschaften waren angetreten, um den Nachfolger des Bezirksschützenkönigs des Vorjahres, Johannes Hoff (Hüskes Krone Schmalbroich), zu ermitteln. Beim Festakt im Kolpinghaus wurde der neue König von den 300 Mitgliedern der Bruderschaften gefeiert.

# FDP-Fraktion fordert Bestandsanalyse zu Krefelder Heizungen

Eine wichtige Frage ist, „wo sich das Fernwärmenetz ausbauen lässt und ob das Gasnetz auf Wasserstoff umgestellt werden kann“, so FDP-Chef Heitmann.

VON JOACHIM NIESEN

Die Umsetzung des geplanten Gebäudeenergiegesetzes (GEG) und die Nutzung von Gasheizungen mit Wasserstoff in Krefeld sorgen bei der FDP für Diskussionen und Gesprächsbedarf. Fakt ist: Die Neuregelung des GEG soll erst greifen, wenn es einen kommunalen Wärmeplan gibt. Liegt der noch nicht vor - wie in Krefeld - sollen neue Gasheizungen erlaubt bleiben, sofern sie auf den Betrieb mit Wasser-

stoff umrüstbar sind.

„Erforderlich ist damit eine Bestandsanalyse, wie viel Heizungsenergie in Krefeld benötigt und wie diese aktuell erzeugt wird. Eine wichtige Frage ist, wo sich das Fernwärmenetz ausbauen lässt und ob das vorhandene Gasnetz auf Wasserstoff umgestellt werden kann“, so FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann in seiner Stellungnahme gegenüber unserer Redaktion.

Die FDP-Fraktion erwartet von Umweltdezernentin Sabine Lauxen

Auskunft darüber, wann ein mit den Städtischen Werken als Netzbetreiber und dem Verein der Haus- und Grundeigentümer abgestimmter Plan dem Rat zur Beratung vorgelegt werden kann. „Wir gehen davon aus, dass sich die Verwaltung dazu externen Sachverständigen bedienen muss, der bei den Stadtwerken vorhanden ist. Die Abstimmung mit den Haus- und Grundeigentümern erscheint uns wichtig, damit sich die mit der Wärmewende verbundenen Kosten nicht zu ei-

nem Bumerang entwickeln, der die Schaffung neuen Wohnraums nicht bezahlbar macht.“

Zu der Option der Nutzung von Wasserstoff erklärt der FDP-Fraktionsvorsitzende: „Klar ist bereits jetzt, dass die Industrie in Krefeld große Mengen Wasserstoff benötigt, um ihre Produktionsprozesse klimaneutral zu machen. Dabei sollten Verwaltung und Politik die Unternehmen proaktiv begleiten, wenn es zum Beispiel um Abstandsregelungen und Förderpro-

gramme geht.“

Die FDP-Fraktion begrüßt, dass der Umweltausschuss in seiner Sitzung am Donnerstag darauf verzichtet hat, die Verwaltung mit einer Krefeld-eigenen Wasserstoff-Strategie zu beauftragen: „Es ist richtig, dass die Nutzung von Gasheizungen mit Wasserstoff zum Gegenstand der kommunalen Wärmeplanung gemacht wird. Das Nebeneinander von einer kommunalen Wärmeplanung und einer eigenen Wasserstoff-Strategie, wie es die CDU gefordert

hatte, hätte Ressourcen in Anspruch genommen, die nun gebündelt für die kommunale Wärmeplanung unter Einbezug von Wasserstoff eingesetzt werden können.“

Gemäß der jüngsten Einigung der Ampel-Regierung in Berlin sollen das Gebäudeenergiegesetz und ein Wärmeplanungsgesetz gekoppelt werden und beide zum 1. Januar 2024 in Kraft treten. Eine verpflichtende kommunale Wärmeplanung soll bis spätestens 2028 eingeführt werden.

# Sonne und ein toller Auftakt: Schiefbahner Schützenfest läuft

Das Schiefbahner Schützenfest hat begeistert. Bei perfektem Sommerwetter fand das neue Konzept viel Zuspruch. Die Schützen ziehen eine sehr gute Zwischenbilanz.

**SCHIEFBahn** (djm) „Ich hätte nicht gedacht, dass so viele Menschen kommen“ - Michael Klein, der erste Brudermeister der St. Sebastianus Bruderschaft Schiefbahn, war am Freitag glücklich. Denn der neue Auftakt zum Schiefbahner Schützenfest war zu 100 Prozent gelungen: Die große Musikpräsentation auf dem Hubertusplatz hatte viele Schiefbahner „ins Dorf“ gelockt - sie erlebten ein musikalisches Highlight, als mehr als 220 Musiker aus den elf Musikformationen im Regiment unter Leitung von Dirigent Peter Koch (Werkskapelle Böhler) gemeinsame Märsche spielten. Danach zogen die Schützenzüge und die Musiker zusammen über die Hauptstraße zum gut gefüllten Festzelt am Jahnplatz, wo „Schiefbahn rockt“ mit DJ und der Band La Vida gefeiert wurde.

Auch andere Änderungen - wie etwa die Schützenmesse im Hof des Seniorenheims Hubertusstift - wur-



Die Parade des Schützenfestes zog bei bestem Wetter viele Menschen an. Die Schützen sind hochzufrieden. FOTO: NORBERT PRÜMMEN

den gut angenommen. Am Sonntag erlebte König Jürgen Kreuzer mit den Ministern Guido Scheibe und Andreas Moerschen ab 10 Uhr eine hervorragend dargebotene Wachparade auf der Hochstraße. Platzmajor Ulrich Heinen hatte wieder eine historische Tradition aufgegriffen und eine „Parole-Mannschaft“ (Zug-

führer und acht Wachhabende) benannt. Sie waren früher zuständig für die Absicherung eines Geländes in alle Himmelsrichtungen. Danach zogen die Schützen zum Ehrungskonzert. Das Fazit des Königs zum Festverlauf: „Genial, einfach gigantisch - viele bewegende Momente und ein tolles neues Konzept“.

# Kempener Stadtrat will Hospital zum Heiligen Geist stärken

Seit einigen Monaten wird zwischen Land NRW, Kliniken und Krankenkassen über eine neue Krankenhausplanung diskutiert. Die Politik ist in Sorge.

**KEMPEN** (rei) Bei einem Schlaganfall oder Herzinfarkt zählen Minuten, um das Leben des Patienten zu retten. Im Zuge der Umsetzung der neuen Krankenhausplanung droht dem Hospital zum Heiligen Geist in Kempen Ungemach. Mit einer Resolution, die am Dienstagabend im nichtöffentlichen Teil der Ratsitzung verabschiedet werden soll, wollen Stadt und Politik gemeinsam gegen eine mögliche Schwächung des Hospitals beim Landrat des Kreises Viersen sowie beim zuständigen NRW-Gesundheitsministerium intervenieren.

Seitdem das NRW-Gesundheitsministerium den Prozess für eine Reform der Krankenhausplanung auf den Weg gebracht hat, wird in internen Zirkeln über jede Klinik beraten. Ziel: die Hospitaler zu mehr Wirtschaftlichkeit zu führen und dabei auch die regionale Versorgung zu stärken. Die NRW-Reform ist nicht zu verwechseln mit

der von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach initiierten Reform der Krankenhausfinanzierung. In diesem Frühjahr haben Gesundheitsexperten der zuständigen Bezirksregierung Düsseldorf auch die aktuell vier Krankenhäuser im Kreis Viersen um ihre Stellungnahme gebeten. Dabei geht es um Leistungen und Mengen, die die Häuser künftig erbringen wollen und für die sie einen so genannten Versorgungsauftrag brauchen. Die Krankenkassen, die die erbrachten Leistungen bezahlen, konnten ihrerseits Stellung zu den Wünschen der Kliniken beziehen.

Dabei sind nun Unterschiede in der Bewertung zwischen Kempener Hospital und Krankenkassen aufgetreten. Würden sich am Ende die Kassen durchsetzen, könnte das intakte Gefüge der Notfallversorgung in Kempen und dem unmittelbaren Umland zerbrechen. So sieht es offenbar der Träger des Kempe-

ner Hospitals, die private Artemed-Gruppe. So sieht es mittlerweile auch der Kempener Bürgermeister, und so sehen es die Fraktionen im Stadtrat. Mit einer Resolution wollen Bürgermeister und Rat dafür sorgen, dass die Notfallversorgung nicht geschwächt, sondern gestärkt wird. Die Krankenkassen verweisen auf Krankenhäuser in Viersen, Krefeld und Mönchengladbach, in denen im Fall des Falles auch Patienten aus Kempen behandelt werden könnten. Nach Ansicht des Bürgermeisters sind die Krankenhäuser im Kreis Viersen im Vergleich zu vielen anderen Städten und Regionen in Bezug auf Angebote der Notfallversorgung nicht überdurchschnittlich ausgestattet. Mit seiner Resolution setzt sich der Kempener Stadtrat nachdrücklich für den Erhalt der kompletten Kardiologie und Neurologie am Hospital ein und widerspricht einer Reduzierung von Angeboten dort ausdrücklich.